S 2 AL 4393/04

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	12
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 AL 4393/04
Datum	16.08.2005

2. Instanz

Aktenzeichen	L 12 AL 4025/05
Datum	16.05.2006

3. Instanz

Datum	-
-------	---

1. Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Karlsruhe vom 16.08.2005 aufgehoben und die Klage abgewiesen.

2. Außergerichtliche Kosten sind in beiden Rechtszweigen nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten darum, ob die Beklagte zu Recht die Gewährung von Arbeitslosengeld teilweise aufgehoben und überzahltes Arbeitslosengeld zurückgefordert hat.

Die 1972 geborene Klägerin, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, stammt aus Vietnam und lebt seit 1994 in der Bundesrepublik. Die Klägerin, die Mutter eines Kindes ist, meldete sich am 27.08.2003 arbeitslos. Im Antrag auf Arbeitslosengeld vom 30.09.2003 gab die Klägerin an, auf ihrer Lohnsteuerkarte sei die Lohnsteuerklasse V eingetragen. Sie habe keine Kinder. Im Antragsformular vom 30.09.2003 bestätigte die Klägerin mit ihrer Unterschrift, das Merkblatt 1 für Arbeitslose erhalten und von seinem Inhalt Kenntnis genommen zu haben.

Mit Bescheid vom 17.10.2003 teilte die Beklagte der Klagerin mit, dass fur die Zeit vom 01.10. bis 23.12.2003 eine Sperrzeit eingetreten sei. Die Klagerin habe durch die Kandigung des Beschaftungsverhaltnisses bei der Firma LSG-A. Gastronomiegesellschaft mbH zum 28.02.2003 die spater eingetretene Arbeitslosigkeit nach dem befristeten Anschlussarbeitsverhaltnis verursacht. Mit Bescheid der Beklagten vom 20.10.2003 wurde der Klagerin Arbeitslosengeld ab 24.12.2003 gem der Leistungsgruppe D (Prozentsatz 60) mit einem taglichen Leistungsbetrag von 14,16 EUR (wentlich 99,12 EUR) bewilligt

Dagegen legte die Klagerin mit Schreiben vom 26.10.2003 Widerspruch ein und gab an, aufgrund der Arbeitszeiten der LSG-A. Gastronomiegesellschaft mbH habe sie die Betreuung ihrer Tochter nicht sicherstellen knnen. Mit Abhilfebescheid vom 30.10.2003 wurde der Bescheid vom 17.10.2003 aufgehoben. Mit Bescheid vom 03.11.2003 wurde der Klagerin Arbeitslosengeld ab 01.10.2003 gem der Leistungsgruppe C (Prozentsatz 67) mit einem taglichen Zahlungsbetrag von 24,62 EUR (wentlich 172,34 EUR) bewilligt.

Mit Anhangungsschreiben vom 18.06.2004 wurde die Klagerin darauf hingewiesen, dass sie in der Zeit vom 01.10.2003 bis 30.04.2004 Arbeitslosengeld in Hhe von 1.845,07 EUR zu Unrecht bezogen habe. Sie habe Arbeitslosengeld nach der Leistungsgruppe C erhalten, was der Lohnsteuerklasse III entspreche, obwohl nur die Leistungsgruppe D (Lohnsteuerklasse V) zugestanden htte. Die Klagerin htte den Erluterungen im Merkblatt fur Arbeitslose entnehmen knnen, dass ihr die Leistung nicht in dieser Hhe zustehe. Hierzu schrieb die Klagerin mit Schreiben vom 20.06.2004, sie sei mit der Rckforderung nicht einverstanden, sie habe ihre Angaben zur Person und zur Steuerklasse immer korrekt gemacht.

Mit dem angefochtenen Rcknahme- und Erstattungsbescheid vom 01.07.2004 wurde die Entscheidung ber die Bewilligung von Arbeitslosengeld fur die Zeit vom 01.10.2003 bis 30.04.2004 teilweise zurckgenommen. berzahlte Leistungen in Hhe von 1.845,07 EUR wurden zurckgefordert. Die Beklagte fhrte aus, mit dem ursprnglichen Bescheid vom 17.10.2003 habe die Klagerin Arbeitslosengeld nach der Leistungsgruppe D/0 erhalten. Der Fehler sei bei der Erledigung des Widerspruchs passiert. Die Klagerin habe den unterschiedlichen Leistungssatz erkennen mssen. Die Zuordnung zur Leistungsgruppe werde im Merkblatt ausfhrlich erlutert. Bei der Klagerin liege grobe Fahrlssigkeit ( 45 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 Sozialgesetzbuch (SGB) X) vor. Der Betrag werde gegen die Ansprche der Klagerin in Hhe von 56,14 EUR wentlich aufgerechnet.

Dagegen legte der Klager-Vertreter mit Schreiben vom 27.07.2004 Widerspruch ein, der mit Widerspruchsbescheid vom 19.10.2004 zurckgewiesen wurde. Die Beklagte fhrte aus, die Hhe des Arbeitslosengeldes hnge auch von der Lohnsteuerklasse ab, die auf der Lohnsteuerkarte der Klagerin eingetragen sei. Die Zuordnung richte sich nach der Lohnsteuerklasse, die zu Beginn des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden sei, auf der Lohnsteuerkarte eingetragen sei. Dies sei hier unstrittig die Lohnsteuerklasse V. Die Klagerin sei somit gem. [ 137 Abs. 2 Nr. 4 SGB III](#) der Leistungsgruppe D zuzuordnen gewesen. Die Zuordnung beruhe

auf einem Fehler der Agentur für Arbeit. Die Klägerin habe aber dem Merkblatt für Arbeitslose entnommen können, dessen Erhalt und Kenntnisnahme sie durch ihre Unterschrift unter den Leistungsantrag bestätigt habe, dass die Höhe der Leistung abhängig von der eingetragenen Lohnsteuerklasse sei. Die Klägerin habe auch ca. 14 Tage vor Erhalt des unrichtigen Bewilligungsbescheides vom 03.11.2003 bereits einmal einen Bewilligungsbescheid erhalten, mit dem Arbeitslosengeld im Anschluss an die festgesetzte Sperrzeit richtig bewilligt worden sei. Statt 99,12 EUR seien ihr 172,34 EUR bewilligt worden. Mit Änderungsbescheid vom 02.01.2004 sei die Leistungshöhe dann auf 172,06 EUR festgesetzt worden.

Mit Schreiben vom 22.10.2004, das am 25.10.2004 bei dem Sozialgericht Karlsruhe einging, wurde Klage erhoben. Es wurde vorgetragen, der Ehemann der Klägerin habe sich im Juli 2003 ebenfalls arbeitslos melden müssen. Auch hier seien zur Person und zur Steuerklasse wahrheitsgemäße Angaben gemacht worden. Auch er habe angegeben, dass die Klägerin der Steuerklasse V unterliege. Im Termin zur mündlichen Verhandlung am 16.08.2005 gab die Klägerin an, sie sei davon ausgegangen, dass sie nach Aufhebung des Sperrzeitbescheides Arbeitslosengeld in Höhe des letzten Nettogehaltes beziehen werde.

Mit Urteil vom 16.08.2005 wurde der Bescheid der Beklagten vom 01.07.2004 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.10.2004 aufgehoben. Das Sozialgericht ging davon aus, dass die Voraussetzungen des [§ 45 Abs. 2 Satz 3 SGB X](#) i. V. m. [§ 330 Abs. 2 SGB III](#) nicht gegeben seien, da das Vertrauen der Klägerin in den Bestand der Bescheide schutzwürdig sei. Von einer groben Fahrlässigkeit der Klägerin sei nicht auszugehen, da sie aus einem anderen Kulturkreis stamme und mit deutschen Behörden und deren Arbeitsweise nicht sehr vertraut sei. Es habe sich um die ersten Arbeitslosengeld bewilligenden Bescheide gehandelt, die die Klägerin erhalten habe. Die Klägerin habe in der mündlichen Verhandlung glaubhaft versichert, sie sei davon ausgegangen, dass sie nach Aufhebung des Sperrzeitbescheides Arbeitslosengeld in Höhe ihres letzten Nettogehaltes erhalten werde. Damit habe die Klägerin zwar verkannt, dass sich der Regelungsgehalt des Sperrzeitbescheides nur auf die Anspruchsdauer, nicht aber auf die Anspruchshöhe beziehe. Auch habe die Klägerin verkannt, dass die Höhe des Arbeitslosengeldes stets niedriger als das zuvor erhaltene Gehalt sei. Dies könne ihr aufgrund des subjektiven Fahrlässigkeitsbegriffes nicht als grobe, sondern nur als einfache Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden.

Gegen das am 07.09.2005 der Beklagten zugestellte Urteil legte diese mit Schreiben vom 28.09.2005, das am 29.09.2005 bei dem Landessozialgericht einging, Berufung ein. Die Beklagte ist der Ansicht, nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes (BSG) bestehe für Leistungsempfänger die Obliegenheit, Bewilligungsbescheide zu lesen und zur Kenntnis zu nehmen. Grobe Fahrlässigkeit sei dem Betroffenen vorzuwerfen, wenn ein Fehler in einem Bescheid dem Betroffenen bei seinen subjektiven Erkenntnismöglichkeiten geradezu "ins Auge springe" (Urteil des BSG vom 08.02.2001, Az.: [B 11 AL 21/00 R](#)). Die Klägerin habe zuletzt ein monatliches Bruttoeinkommen zwischen 1.260 EUR und 1.380 EUR bezogen. Aus diesem Bruttoentgelt habe sich im Jahre 2003 unter Berücksichtigung der Steuerklasse V bei einem Beitragssatz zur

Krankenversicherung von 13,5 % ein durchschnittliches Nettoentgelt von ca. 680,- EUR monatlich ergeben. Selbst einem völlig unerfahrenen Leistungsempfänger müsse daher angesichts dessen ins Auge springen, dass eine Entgeltersatzleistung auf keinen Fall höher sein könne als das zuvor bezogene Nettoentgelt. Auch wenn die Klägerin in der mündlichen Verhandlung vorgetragen habe, sie sei davon ausgegangen, dass ihr Arbeitslosengeld in Höhe des letzten Nettoverdienstes gezahlt werde, so müsse ihr erst Recht die Rechtswidrigkeit der Bewilligung erkennbar sein, wenn das Arbeitslosengeld sogar höher als das Nettoeinkommen sei. Im Übrigen sei zu beachten, dass der Klägerin im ersten Bewilligungsbescheid Arbeitslosengeld nach der richtigen Leistungsgruppe bewilligt worden sei. Da sich die Lohnsteuerklasse nicht geändert habe, habe die Klägerin bei Erhalt des zweiten Bescheides, der dann die falsche Leistungsgruppe enthalten habe, keineswegs ohne weiteres von dessen Richtigkeit ausgehen können. Auch schlechte Sprachkenntnisse ständen dem Vorwurf der groben Fahrlässigkeit nicht entgegen. Die Klägerin habe aufgrund der Hinweise im Bewilligungsbescheid und im Merkblatt erkennen müssen, dass die Leistungsgruppe C nicht ihren tatsächlichen Verhältnissen entsprochen habe und deshalb dem Anspruch schließlich zu Grunde gelegt worden sei. Die Klägerin sei auch nicht im Umgang mit der Arbeitsverwaltung und ihren Bescheiden unerfahren. Aus den BEWA-Ausdrucken und aus dem Vermerk vom 15.10.2003 (Bl. 36, 38) ergebe sich, dass die Klägerin keine Verständigungsprobleme gehabt habe. Die Beklagte lege eine genaue Berechnung des Erstattungsbetrages sowie eine Rekonstruktion des Bescheides vom 20.10.2003 vor.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Karlsruhe vom 16.08.2005 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Klägerin beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hält das angefochtene Urteil für zutreffend.

Bezüglich der weiteren Einzelheiten wird auf die Verwaltungsakten der Beklagten sowie auf die Akten des Sozialgerichtes und des Landessozialgerichtes verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die gem. [§§ 143, 144](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) erhobene Berufung ist zulässig und begründet.

Gegenstand des Verfahrens ist der Bescheid der Beklagten vom 01.07.2004 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.10.2004. Zu entscheiden ist vorliegend über die teilweise Rücknahme der Bewilligung von Arbeitslosengeld für die Zeit vom 01.10.2003 bis 30.04.2004 sowie die Erstattung der für diesen Zeitraum

Überzahlten Leistung.

Soweit ein Verwaltungsakt, der ein Recht oder einen rechtlich erhobenen Vorteil begründet oder bestätigt hat (begünstigender Verwaltungsakte), rechtswidrig ist, darf er auch, nachdem er unanfechtbar geworden ist, nur unter den Einschränkungen der Abs. 2 bis 4 des [Â§ 45 SGB X](#) ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft oder für die Vergangenheit zurückgenommen werden ([Â§ 45 Abs. 1 SGB X](#) in der ab 07.04.1998 geltenden Fassung).

Ein rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakt darf nicht zurückgenommen werden, soweit der Begünstigte auf den Bestand des Verwaltungsaktes vertraut hat und sein Vertrauen unter Abwägung mit dem öffentlichen Interesse an einer Rücknahme schutzwürdig ist. Das Vertrauen ist in der Regel schutzwürdig, wenn der Begünstigte erbrachte Leistungen verbraucht oder eine Vermögensdisposition getroffen hat, die er nicht mehr oder nur unter unzumutbaren Nachteilen rückgängig machen kann. Auf Vertrauen kann sich der Begünstigte nicht berufen, soweit er den Verwaltungsakte durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung erwirkt hat, der Verwaltungsakt auf Angaben beruht, die der Begünstigte vorsätzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig gemacht hat oder er die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannte oder aufgrund grober Fahrlässigkeit nicht kannte. Grobe Fahrlässigkeit liegt vor, wenn der Begünstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Maße verletzt hat ([Â§ 45 Abs. 2 SGB X](#)). Überzahlte Leistungen sind gemäß [Â§ 50 SGB X](#) zurück zu erstatten.

Gem. [Â§ 129 Ziff. 1 SGB III](#) in der ab 01.08.2001 geltenden Fassung beträgt für Arbeitslose, die mindestens ein Kind im Sinne des [Â§ 32 Abs. 1](#), 3-5 Einkommenssteuergesetz haben, das Arbeitslosengeld 67% (erhöhter Leistungssatz) des pauschalierten Nettoentgeltes (Leistungsentgelt), das sich aus dem Bruttoentgelt ergibt, das der Arbeitslose im Bemessungszeitraum erzielt hat.

Gem. [Â§ 136 Abs. 1 SGB III](#) in der ab 01.04.2003 geltenden Fassung ist das Leistungsentgelt das um die gesetzlichen Entgeltabzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderte Bemessungsentgelt. Die als gewöhnlicher Abzug zugrunde zu legende Steuer richtet sich nach der Leistungsgruppe, der der Arbeitslose zuzuordnen ist ([Â§ 137 Abs. 1 SGB III](#)). Zuzuordnen sind Arbeitnehmer, auf deren Lohnsteuerkarte die Lohngruppe III eingetragen ist der Leistungsgruppe C. Arbeitnehmer, auf deren Lohnsteuerkarte die Lohnsteuerklasse V eingetragen ist, sind der Leistungsgruppe D zuzuordnen ([Â§ 137 Abs. 2 Ziff. 3](#) und 4 SGB III). Die Zuordnung richtet sich nach der Lohnsteuerklasse, die zu Beginn des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist, auf der Lohnsteuerkarte des Arbeitslosen eingetragen war ([Â§ 137 Abs. 3 SGB III](#)). Gewöhnlicher Lohnsteuerabzug ist in der Leistungsgruppe C die Steuer nach der Lohnsteuertabelle für die Lohnsteuerklasse III und in der Leistungsgruppe D die Steuer nach der Lohnsteuertabelle für die Lohnsteuerklasse V ([Â§ 136 Abs. 3 SGB III](#)).

Danach hatte die Klāgerin ab 01.10.2003 Anspruch auf Arbeitslosengeld (erhāhter Leistungssatz von 67 %) nach einem Leistungsentgelt unter Berācksichtigung der Lohnsteuerklasse V (Leistungsgruppe D), was einem tāglichen Zahlbetrag von 15,81 EUR im Jahr 2003 und 16,03 EUR im Jahr 2004 entsprach. Mit Bescheid vom 03.11.2003 wurde der Klāgerin statt dessen Arbeitslosengeld ab 01.10.2003 unter Berācksichtigung der Leistungsgruppe C mit einem Zahlbetrag von tāglich 24,62 EUR bewilligt. Zugrunde gelegt war jeweils ein Bemessungsentgelt von wāhentlich 325,- EUR. Bis zum 31.12.2003 betrug die tāgliche Differenz zwischen dem zustehenden und dem tatsāchlich gezahlten Arbeitslosengeld 8,81 EUR. Danach betrug sie tāglich 8,55 EUR. Der āberzahlungszeitraum erfasste im Jahr 2003 92 Tage (01.10.03 bis 31.12.03) und im Jahr 2004 121 Tage (01.01.04 bis 30.04.04). Danach hat die Beklagte korrekt den Betrag von 1.845,07 EUR errechnet. Insoweit war der Bewilligungsbescheid vom 03.11.2003 rechtswidrig und musste gem. [Å§ 45 SGB X](#) i.V.m. [Å§ 330 Abs. 2 SGB III](#) unter den Voraussetzungen des [Å§ 45 Abs. 2 SGB X](#) zurāckgenommen werden.

Die Klāgerin hat weder durch arglistige Tāuschung, Drohung oder Bestechung die Bewilligung von Arbeitslosengeld erwirkt noch beruht der Verwaltungsakt vom 03.11.2003 auf Angaben, die die Klāgerin vorsātzlich oder grob fahrlāssig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollstāndig gemacht hat. Der Verwaltungsakt musste jedoch deshalb zurāckgenommen werden, weil die Klāgerin die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannte oder infolge grober Fahrlāssigkeit nicht kannte.

Grobe Fahrlāssigkeit setzt eine Sorgfaltspflichtverletzung ungewāhnlich hohen Ausmaāes voraus, die das gewāhnliche Maā der Fahrlāssigkeit erheblich āberschreitet. Es māssen schon einfachste, ganz nahe liegende āberlegungen nicht angestellt, also nicht beachtet worden sein, was im gegebenen Fall jedem einleuchten muss (vgl. Wiesner in von Wulffen, Kommentar zum SGB X, 5. Auflage, Å§ 45 Rdnr.22 mit weiteren Nachweisen). Bezugspunkt fār die grobe Fahrlāssigkeit ist die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes, also das Ergebnis der Tatsachenfeststellung und Rechtsanwendung durch die Behārde (Urteil des BSG vom 08.02.2001 Az.: B11 AL 21/00 R). Insoweit ist das Maā der Fahrlāssigkeit insbesondere nach der persānlichen Urteils- und Kritikfāhigkeit, dem Einsichtsvermāgen des Betroffenen sowie den besonderen Umstānden des Falles zu beurteilen (subjektiver Fahrlāssigkeitsbegriff). Missachtet der Arbeitslose, die klaren und eindeutigen Hinweise im Bescheid oder in einem Merkblatt und konnte er dies nach seiner Persānlichkeitsstruktur und seinem Bildungsstand erkennen, so begrāndet dies im Regelfall, wenn nicht gar Kenntnis, so zumindest grobe Fahrlāssigkeit (vgl. Urteil des BSG vom 24.04.1997 Az.: [11 RAr 89/96](#)).

Die Bescheide vom 20.10.2003 und vom 03.11.2003 unterscheiden sich dahingehend, dass die Beklagte im Bescheid vom 03.11.2003 zu Recht von dem Prozentsatz von 67 ausging, da sie durch den Widerspruch der Klāgerin zwischenzeitlich erfahren hatte, dass diese ein Kind hat. Weiter hat die Beklagte zu Unrecht die Leistungsgruppe C (Steuerklasse III) berācksichtigt.

Zusammenfassend ergibt sich in der Gesamtschau, dass die KlÄgerin erkannt hat oder nur aufgrund grober FahrlÄssigkeit nicht erkannt hat, dass das ausbezahlte Arbeitslosengeld zu hoch war. Mit dem spÄter aufgehobenen Sperrzeitbescheid vom 17.10.2003 wurde der KlÄgerin mitgeteilt, dass der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis 23.12.2003 ruhe. Hieraus konnte die KlÄgerin nicht den Schluss ziehen, dass sich die Sperrzeit auf die HÄhe des (tÄglichen) Anspruchs auf Arbeitslosengeld auswirkt. Folgerichtig wurde der KlÄgerin mit dem nicht bei den Akten befindlichen und von der Beklagten rekonstruierten Bescheid vom 20.10.2003, von dem die KlÄgerin angibt, er sei nicht mehr in ihrem Besitz, Arbeitslosengeld nach der Leistungsgruppe D von tÄglich 14,16 EUR (wÄhentlich 99,12 EUR) bewilligt. Sodann wurde der KlÄgerin mit Bescheid vom 03.11.2003 Arbeitslosengeld ab Beginn der Arbeitslosigkeit (01.10.2003) nach der Leistungsgruppe C in HÄhe von tÄglich 24,62 EUR (wÄhentlich 172,34 EUR) bewilligt. Da hier die Bewilligung des Arbeitslosengeldes von Beginn der Arbeitslosigkeit an erfolgte, konnte die KlÄgerin nicht ernsthaft annehmen, dass die im Vergleich zu dem vorangehenden Bescheid vom 20.10.2003 gesteigerte HÄhe der Leistung eine Nachzahlung wegen der zunÄchst verhÄngten Sperrzeit darstellte. Zudem musste der KlÄgerin auffallen, dass die HÄhe des nunmehr bewilligten Arbeitslosengeldes die HÄhe ihres zuletzt erzielten Nettoverdienstes von ca. 680,- EUR (brutto 1360,- EUR und 1320,- EUR) mit einer monatlichen Leistung von 738,- EUR (30 x 24,62,- EUR) Äberschritt. Des Weiteren hat die KlÄgerin bei der Antragstellung mit ihrer Unterschrift bestÄtigt, das Merkblatt 1 fÄr Arbeitslose erhalten und von dessen Inhalt Kenntnis genommen zu haben. Auf Blatt 39 des Merkblattes fÄr Arbeitslose (Stand April 2003) wird der Zusammenhang der Leistungsgruppe und der Steuerklasse erlÄutert. Hieraus konnte die KlÄgerin schlieÄen, dass die HÄhe des Arbeitslosengeldes auch von der Leistungsgruppe und damit von der Steuerklasse abhÄngig ist. Anhaltspunkte dafÄr, dass das Arbeitslosengeld dem zuvor erzielten Nettoentgelt entspricht oder dieses gar Äbersteigt, lassen sich dem Merkblatt fÄr Arbeitslose nicht entnehmen. Vielmehr wird auf Seite 36 ausgefÄhrt, dass das Arbeitslosengeld nur einem bestimmten Prozentsatz (im Fall der KlÄgerin 67 %) des Bemessungsentgeltes (unter BerÄcksichtigung von anderen Faktoren) entspricht. Anhand des dort gezeigten Beispielen ist zu ersehen, dass das Arbeitslosengeld unter dem Nettoentgelt aus einem ArbeitsverhÄltnis liegt.

Entgegen der Annahme des Sozialgerichtes, die KlÄgerin sei im Umgang mit BehÄrden unerfahren, hat die KlÄgerin bereits ein EinbÄrgerungsverfahren hinter sich gebracht. GemÄÄ Vermerk des Vermittlers/der Vermittlerin Brunner vom 15.10.2003 spricht die KlÄgerin mÄÄig gut deutsch und versteht fast alles, so dass keine besonderen sprachlichen Probleme auftraten.

Es war daher der KlÄgerin klar erkennbar, dass das ihr mit dem Bescheid vom 03.11.2003 zuerkannte Arbeitslosengeld zu hoch war. Sie hat somit erkannt oder nur grob fahrlÄssig nicht erkannt, dass der Bescheid insoweit rechtswidrig war. Dass die KlÄgerin zudem nicht immer mit der gebotenen Aufmerksamkeit gegenÄber der Beklagten gehandelt hat, wird auch daran deutlich dass die KlÄgerin bei der Antragstellung gegenÄber der Beklagten angegeben hat, sie habe keine Kinder, was eine falsche Angabe darstellt, auch wenn sich diese nicht

zugunsten der KlÄgerin auswirkt.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Die GrÄnde fÄr die Zulassung der Revision bestehen nicht.

Erstellt am: 23.06.2006

Zuletzt verÄndert am: 21.12.2024